

LÁSZLÓ ANDOR

Peripherisierung in Ungarn

László Andor - Jg. 1966;
Herausgeber der politisch-
theoretischen Vierteljahres-
zeitschrift »Eszmélet«, lehrt
an der Ökonomischen Uni-
versität Budapest im Fach-
bereich für Politische Wis-
senschaften, insbesondere
auf dem Gebiet der interna-
tionalen Wirtschaftspolitik,
forscht vor allem zur politi-
schen Ökonomie der gloab-
len Schuldenkrise, veröf-
fentlichte in jüngster Zeit
Artikel in »Labour Focus on
Eastern Europe« und in
»Ost-West-Gegeninforma-
tionen«.

Im Zentrum der nachfolgenden Überlegungen stehen drei Problemkreise, die eng miteinander verwoben sind. Da ist zunächst die Frage, wie und warum die europäische Integration auf die politische Tagesordnung der ehemals sozialistischen Länder Europas gesetzt wurde. Zweitens muß in diesem Zusammenhang die westliche Hilfe beim Systemwechsel einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Schließlich werden drittens die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse in den Reformländern als neue Form von Unterentwicklung beschrieben, in deren Konsequenz die mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien eine neue periphere Zone zu den westeuropäischen Zentren bilden werden.

Sicherlich bedürfen die theoretischen Überlegungen noch tiefergehender Untersuchungen, als dies hier zunächst geleistet werden kann. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen scheint es dringlich, auch mit zum Teil etwas polemisch vorgebrachten Argumenten gegen jene Position zu beziehen, die ihre Vorstellungen von sozialer und wirtschaftlicher Transformation lieber auf Mythen denn auf Realitäten gründen.

I. Ungarn und die europäische Integration

Die Sowjetunion hat nicht nur schlechthin den Kalten Krieg verloren. Unter dem Druck des Wettrüstens ist die sowjetische Wirtschaft faktisch kollabiert und die innere soziale und politische Ordnung weitgehend zerfallen. Die osteuropäischen Länder, die seit Ende der vierziger Jahre Teil der sowjetischen Einflußzone waren, haben darauf unterschiedlich reagiert. Gemeinsam war ihnen jedoch die Kehrtwende in ihrer außenpolitischen Orientierung. Den Erschütterungen der Krise im Osten meinten sie nur westwärts entkommen zu können. Als Voraussetzung für den Zutritt zum rettenden westlichen Ufer hat sich jedoch ein radikaler und vollständiger Systemwechsel erwiesen.

Versprechen und Lügen

Anfänglich stellten sich für viele aus einer Reihe von Gründen die Chancen auf gesellschaftliche Konsolidierung durch eine Westorientierung als sehr aussichtsreich dar. In erster Linie war dieser Optimismus vor allem dem Umstand geschuldet, daß sich die meisten Protagonisten dieser Auffassung über den Charakter der ökonomischen Kluft zwischen solchen geographisch benachbarten Ländern wie Ungarn und Österreich oder Slovenien und

»Der ›Kalte Krieg‹ ist erst seit wenigen Jahren zu Ende, und schon wird vom ›Kalten Frieden‹ gesprochen. Vorbei ist die Europa-Euphorie, wie sie nach dem Zusammenbruch des ›real

Italien nicht im klaren waren. Die landläufige Meinung ging Ende der achtziger Jahre dahin, daß die existierenden staatssozialistischen Regimes sich gegen einen quasi natürlichen historischen Entwicklungstrend stemmen. Es wurde folglich angenommen, daß der Rückzug des Sowjetimperiums diesen Ländern nun eine Rückkehr zu jenem Weg natürlicher historischer Entwicklung ermöglichen würde - dem Weg in die Westintegration.

Die Chancen auf diese Integration wurden auch deshalb so unrealistisch optimistisch beurteilt, weil die zum Zeitpunkt des Auseinanderfallens des Ostblocks herrschende konservative Ideologie den Zusammenbruch ausschließlich als Befreiung wahrnahm und weil zudem westliche Politiker im Bestreben, den Systemwechsel zu forcieren, mit Versprechungen nicht geizten und eine Fülle von verlockenden Angeboten zur gegenseitig vorteilhaften Kooperation unterbreiteten. Darüber hinaus prahlte die Avantgarde der Reformen - die einflußreichsten liberalen Ökonomen und andere Intellektuelle - hemmungslos mit der Bereitschaft des Westens, die Transformation zur Demokratie im Osten großzügig zu unterstützen. Als also der erste Nachwende-Premierminister Ungarns, József Antall, die Öffentlichkeit wissen ließ, daß Ungarn reale Chancen hätte, bis 1996 Mitglied der Europäischen Union zu werden, stützte sich diese Aussage mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Zusicherungen westlicher Politiker und Berater.

Für die »Radikalreformer« war der Beitritt zur EU gleichbedeutend mit der Lösung aller ökonomischen Probleme und die Mitgliedschaft in der NATO erschien als die einzig mögliche Antwort auf die sich neu stellenden Sicherheitsfragen. Die Mitgliedschaft in diesen beiden Organisationen wurde faktisch zum Symbol für die Zugehörigkeit zum Westen und avancierte so zum eigentlichen Ziel des Systemwechsels. Notwendigkeit und Nutzen einer Integration in die EU wurde zu einem Axiom in Politiker- und Expertenkreisen. Dahinter stand die Überzeugung, daß erstens der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO die ex-sozialistischen Länder quasi automatisch zu Zentrumsländern auf der Sonnenseite des Weltsystems machen und das Entwicklungsniveau dieser Staaten faktisch über Nacht auf den westeuropäischen Standard heben würde und daß zweitens dieser Beitritt unzweifelhaft schon in der nächsten Zukunft vollzogen werden könnte - und zwar, weil die östlichen Länder dies wollten und weil maßgebliche Regierungen im Westen dies mehr oder weniger direkt zusicherten.

Dabei wurden allerdings zwei wesentliche Momente übersehen oder unterschätzt. Erstens hat sich seit Anfang der neunziger Jahre der Charakter des westeuropäischen Integrationsprozesses wesentlich verändert. Und zweitens würde die Aufnahme auch nur eines der ex-sozialistischen Länder der Visegrad-Gruppe, des Baltikums oder aus der Balkanregion im kommenden Jahrzehnt eine grundlegende Reform der EU-Institutionen zur Voraussetzung haben. Was den ersten Gesichtspunkt angeht, so hat sich in der EU nach der Unterzeichnung des Abkommens von Maastricht 1992 ein deutlicher Wandel zur Abkehr vom Sozialstaat und zur Unterordnung sozialer Elemente unter wirtschaftliche und politi-

sozialistischen Regime in Ost und West verbreitet war. Das »gemeinsame Haus« (Gorbatschow) scheint bereits abgeschlossen, bevor es nur in Umrissen geplant wäre. Verdeckte und offene Konflikte um die Neuordnung in Europa sind im vollen Gange.« Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 101.

»Was für Osteuropa besonders ins Gewicht fällt, ist (die) Konkurrenzsituation mit den industrialisierten Ländern Europas und teilweise auch mit den Schwellenländern der Dritten Welt. Um eine bessere handelspolitische Ausgangsposition sowie finanzielle Unterstützung zu erhalten, wollen denn auch praktisch alle osteuropäischen Länder die EU-Mitgliedschaft erlangen oder wenigstens günstige Verträge aushandeln wie im Falle Russlands. Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 105.

sche Aspekte der Triadenkonkurrenz (zwischen der EU, Nordamerika und Japan) vollzogen. Auch wenn dies außerhalb der Gemeinschaft bisher vielleicht noch nicht hinreichend zur Kenntnis genommen wurde, so haben die Verfechter eines »sozialen Europas« - trotz eines umfänglichen Vertragskapitels zu sozialen Fragen - doch deutlich an Einfluß verloren. Das zweite Argument bezieht sich auf den Umstand, daß ein Beitritt z.B. der Visegrad-Staaten, von denen im allgemeinen angenommen wird, daß sie am ehesten den Ex-EFTA-Ländern in die EU folgen könnten, unausweichlich eine vollständige Umgestaltung der EU-Agrarpolitik und der Regionalförderung erfordern würde. Dies ist mit Sicherheit ein langer Prozeß, der ohnehin - auch ohne die Aufnahme neuer Länder - in der EU auf der Tagesordnung steht.

Die Konsolidierung in den Reformstaaten wurde ferner durch die Rezession am Beginn der neunziger Jahre bedroht. Im Zuge der Wirtschaftskrise waren die westlichen Länder gezwungen, ihren inneren Problemen größere Aufmerksamkeit zu widmen, so daß sie den Hilfesuchenden aus dem Osten und Süden deutlich weniger Entgegenkommen zeigten. Dazu kommt, daß nicht nur die relativ kleinen Länder des Ostens Unterstützung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung benötigten, sondern vor allem auch die riesige Sowjetunion bzw. die spätere GUS, die immer mehr im Chaos zu versinken droht. Die Zusagen erreichten astronomische Höhen - im Frühling 1993 war von unglaublichen 43 Mrd. US-Dollar für Rußland die Rede -, aber die tatsächliche Hilfe blieb schließlich auf äußerst niedrigem Niveau. Schließlich erklärte die EU die Abstimmung der Wirtschaftspolitik in den Reformländern mit dem IWF zur grundlegenden Voraussetzung für jegliche Zusammenarbeit. Hin und wieder konnte man sogar hören, daß die ex-sozialistischen Länder vor einem Beitritt zunächst den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages genügen müßten, obwohl dies von solchen Ländern wie Finnland oder Schweden nicht gefordert wurde.

Angesichts der in der Gemeinschaft selbst anstehenden Probleme (insbesondere die angestrebte Währungsunion) ist es außerordentlich unwahrscheinlich, daß die Union die Zeit und die Energie aufbringen wird, den Beitritt der Visegrad-Länder ernsthaft voranzutreiben.

Regionale Zusammenarbeit

Die Kluft zwischen Versprechungen und realen Möglichkeiten ist vielen bis heute nicht gewahr geworden. Und da in Regierungs- und Parteiprogrammen die europäische Option noch immer einen prominenten Platz einnimmt, wird wohl noch einige Zeit vergehen, bevor sich hier realistische Positionen durchsetzen. Inzwischen versucht der Westen Zeit zu gewinnen, indem Provisorien in Vorschlag gebracht werden. Da geht es dann z.B. um »assoziierte Mitgliedschaft« in der EU oder um »Partnerschaft für den Frieden« mit der NATO. Formell - in der politischen Rhetorik - sollen beides Durchgangsstadien zu einer vollen Mitgliedschaft sein; realistisch gesehen, ist dies jedoch höchst zweifelhaft. Genaugenommen sind diese Konstruktionen Übergangslösun-

»Für die meisten EG-Länder ... sind die osteuropäischen Staaten mit einem Handelsanteil von nur einigen Prozenten wenig relevant und deshalb auch keine interessanten EU-Mitgliedskandidaten. (...) So ist es nicht überraschend, dass die EU gegenüber den osteuropäischen Ländern einen zögerlichen und oft inkonsistenten Kurs gefahren ist... (...) Für die EU-Staaten sind die Vorteile (einer) Verzögerungsstrategie offensichtlich. Die strukturschwachen osteuropäischen Länder werden der EU zunehmend »angegliedert« ohne jedoch wie normale Mitglieder ein Mitspracherecht und ein Recht auf Finanzzuschüsse zu haben.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 106f.

gen, und zwar nicht im Sinne einer Etappe eines Integrationsprozesses, sondern im Sinne eines politischen Ad-hoc-Kompromisses, der keinerlei Garantien für die langfristige Zusammenarbeit bei der Bewältigung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Probleme in der Region bietet.

Eine wirkliche Übergangslösung, die es erlauben würde, den Anpassungsprozeß an die EU mit einer Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu verbinden, wäre ohne Zweifel eine Form zentraleuropäischer Integration, zumindest die Herstellung einer Zahlungsunion. Derartige Vorschläge wurden z. B. vom bekannten Geschäftsmann George Soros, von der AGENDA-Gruppe und auch in einer Studie unter dem Titel »Die Europäische Initiative«, die von Stuart Holland für die Europäische Kommission angefertigt wurde, unterbreitet. Folgt man der zuletzt genannten Studie, so sind die politischen Hindernisse für eine solche Zahlungsunion zur Zeit größer als die ökonomischen. Obwohl die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt vorwärts sein könnte, distanzieren sich die meisten Regierungen mit dem Vorwand davon, daß dies ein überholter »Ansatz regionaler Blockbildung« sei. Statt dessen werden die einzelnen Regierungen nicht müde, ihre jeweils spezifischen Erfolge und Besonderheiten herauszustreichen, von denen sie glauben, daß sie dadurch den eigenen Beitritt noch vor anderen erreichen könnten. Dabei wird kaum daran gedacht, was dies für bedenkliche Konsequenzen für die äußere und innere Sicherheit hätte, wenn z.B. nur Tschechien und Ungarn in einer ersten Runde aufgenommen würden. Ungarn wäre dann mit der EU nur über die Grenze zu Österreich verbunden, aber von sechs Nicht-Mitgliedsländern umringt, in denen ca. drei Millionen Menschen ungarischer Abstammung leben. Schon deshalb ist die regionale Integration alles andere als ein »überholter Block-Ansatz«, sondern aufgeklärter Regionalismus, der sich schon bald nicht nur als rational, sondern auch als unumgänglich erweisen könnte.

II. Die Bedeutung westlicher Direktinvestitionen

In den Industrieländern verfestigt sich neuerdings die Auffassung, daß der Westen bereits alles nur denkbare unternommen hat, um die ex-kommunistischen Staaten beim Übergang zu Markt und Demokratie zu unterstützen. »Wir haben Konzeptionen, Geld, Fachwissen und wo erforderlich sogar Truppen bereitgestellt. Aber die waren unfähig, diese Hilfe sinnvoll zu nutzen. Deshalb wird es höchste Zeit, dieses möglicherweise kostspielige und ansonsten sinnlose Unternehmen zu stoppen.« Pulling out - Rückzug - tönte es überall im Westen in bestimmten Phasen des Jugoslawienkrieges; und genau das bekommt man jetzt immer öfter auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftshilfe zu hören.

Wichtige Beziehungen

Trotz des allgemeinen Geredes über wiedergewonnene Souveränität und nationale Selbstbestimmung der »von sowjetischer Vorkherrschaft befreiten« Völker ist doch unverkennbar, daß die westlichen Regierungen wesentlichen Einfluß auf die gegenwärtigen

»Die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder gehen davon aus, daß eine derartige Vereinbarung ihren angestrebten Beitritt zur Gemeinschaft behindern würde. Die Gemeinschaft sollte ihnen daher zusichern, daß die nicht zutrifft. Der mögliche Nutzen einer Zahlungsunion in Zentralosteuropa ist außerordentlich hoch.« (Holland, 1993: 253).

»Gegenstrategien zur weiteren Peripherisierung Osteuropas bedürfen ... des Willens zur Herstellung eines außerhalb der EU funktionierenden Wirtschaftskreislaufes.«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 7.

und zukünftigen Entwicklungen in den post-kommunistischen Ländern ausgeübt haben und noch ausüben. Es ist eine kaum bestreitbare Tatsache, daß der politische Kollaps der kommunistischen Regimes mit einer Wirtschafts- und Finanzkrise einherging, die durch kollektive oder auch individuelle Selbsthilfe von den Reformländern selbst nicht überwunden werden kann. Die westlichen Regierungen begrüßten emphatisch die Einführung liberaler Demokratie im Osten und in offiziellen Verlautbarungen zeichneten sie wundervolle Bilder einer gemeinsamen Zukunft in Wohlstand. Ganz am Anfang der »neuen Ära« haben einige Aktivisten und auch Experten einen »neuen Marshall Plan« gefordert. Sechs Jahre nach der Bildung der ersten nicht-kommunistischen Regierung in der Region (in Polen) sieht die Realität allerdings ganz anders aus - Verarmung statt Wohlstand sowie Abgrenzung und Spaltung statt Gemeinschaftlichkeit und Integration.

Die Notwendigkeit substantieller Hilfe und eines abgestimmten, gemeinsamen Vorgehens, die mit dem Slogan »Marshall Plan« assoziiert wird, wird inzwischen mit dem Verweis auf bereits bestehende Formen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit abgestritten. So z.B. vom US-amerikanischen Botschafter in Ungarn, der kürzlich die Öffentlichkeit wissen ließ: »Ich werde oft gefragt, warum kein neuer Marshall Plan zur Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder aufgelegt wird. Aber es gibt ihn doch bereits - er ist schon da - und heißt private ausländische Direktinvestitionen, von denen bisher ca. acht Mrd. US-Dollar nach Ungarn geflossen sind.« Damit sagt er nicht weniger, als daß der Grad westlicher Sorge um wirtschaftliche Erholung und demokratischen Wandel im Osten am Zufluß ausländischen Kapitals gemessen werden kann (und muß).

Die Auffassung über die Wirkungen ausländischer Investitionen in ex-sozialistischen Ländern polarisieren sich gemeinhin in zwei Extremen. Einerseits behaupten die Neo-Liberalen, daß ausländische Investitionen nur positive wirtschaftliche Effekte zeitigen: sie bringen neue Technologien ins Land, öffnen den Zugang zu westlichen Märkten, erhöhen die Beschäftigung und sind der Schlüssel zu den zivilisatorischen Errungenschaften des Westens - d.h. zur einzigen wirklichen Zivilisation. Andererseits vertreten die Neo-Realisten die Position, daß Direktinvestitionen ausschließlich negative Effekte auslösen: durch die Beseitigung von einheimischen Konkurrenten, folglich durch die Erhöhung der Arbeitslosigkeit und schließlich durch die Unterordnung der nationalen Interessen unter ausländische. Die regierenden ungarischen Sozialisten, die sich ohnehin vom dialektischen Denken losgesagt haben, sind voll auf die erstgenannte Position eingeschwenkt.

Bevor nun allerdings beurteilt werden kann, ob Direktinvestitionen nützliche oder schädliche Wirkungen in den letzten sechs Jahren hatten, ist es vielleicht ganz angebracht, sich daran zu erinnern, daß zu allen Zeiten, in denen sich Ostmitteleuropa kapitalistisch entwickelt hat, ausländische Direktinvestitionen in der Region eine zentrale Rolle gespielt haben. Von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren diese Investitionen hier die eigentliche Triebfeder der Entwicklung von Industrie und Handel.

»Bis Ende 1994 wurde nur rund 13 Milliarden Dollars an Direktinvestitionen in den sechs der EU assoziierten Ländern getätigt, am meisten in Ungarn mit knapp 7 Milliarden und Tschechien mit rund 3 Milliarden. Mit je rund einem Fünftel waren die USA und Deutschland die größten Investoren, vor Österreich und Frankreich mit rund je einem Zehntel. Nur knapp 4 Milliarden flossen nach Russland; in China waren es vergleichsweise allein 1994 44 Milliarden.«
Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 107.

Reformen und Kapitalzuflüsse

Mit der Anpassung der mittel- und osteuropäischen Länder an das wirtschaftliche, soziale und politische System der Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden fast alle Privatunternehmen - auch die ausländischen - nationalisiert. Gerade in den Phasen, in denen unter kommunistischer Herrschaft versucht wurde, Wirtschaftsreformen durchzuführen, wurde jedoch auch immer wieder die Frage nach einer möglichen Einbeziehung des Auslandskapitals gestellt.

Ab Mitte der sechziger Jahre kann Ungarn als eine Art Versuchsfeld für marktorientierte Reformen im Bereich des RGW gelten. Anfangs waren es vor allem außenpolitische Erwägungen, die die ungarische Regierung zu einer ablehnenden Haltung gegenüber ausländischen - d.h. westlichen - Investitionen veranlaßten. Als jedoch in den siebziger Jahren das Wirtschaftswachstum erneut sank und erste größere Zahlungsbilanzdefizite auftraten, kam die Frage ausländischer Direktinvestitionen zurück auf die Tagesordnung. Die Regierung glaubte damals, sich zwischen Direktinvestitionen oder Devisenkrediten entscheiden zu müssen. Da Direktinvestitionen als die größere Gefahr für die nationale Souveränität angesehen wurden, entschied man sich für die Auslandsverschuldung, von der angenommen wurde, daß sie zeitlich befristet werden könnte. Deshalb wurde z.B. ein Angebot von Toyota, in Ungarn eine Autofabrik zu errichten, ausgeschlagen. Das wird heute bei weitem nicht nur von Konservativen als eine der größten Fehlentscheidungen der kommunistischen Epoche angesehen.

Aufgrund der gravierenden Auslandsverschuldung und einer akuten Zahlungs Krise war Ungarn schließlich gezwungen, 1982 dem IWF und der Weltbank beizutreten. In der Folgezeit spielte der Einfluß dieser beiden Institutionen eine große Rolle bei der Änderung der Wirtschaftspolitik zugunsten von Privatisierung und Auslandsinvestitionen. 1988 schockte schließlich der damalige Premierminister und Generalsekretär der Ungarischen Arbeiterpartei, Károly Grósz, bei seinem USA-Besuch nicht nur das US-amerikanische Publikum, sondern auch die gesamte Parteiführung als er öffentlich erklärte, er könne sich gut vorstellen, daß ein Viertel der ungarischen Wirtschaft in ausländischer Hand wäre. Gesagt, getan - ein Jahr später wurden 51 Prozent der Anteile an Tungsram - einem der weltgrößten Hersteller von Beleuchtungseinrichtungen - an den Konkurrenten General Electric verkauft.

Der Aufkauf von Konkurrenten ist nach Hugo Radice und anderen Experten bis heute eine der wichtigsten Triebkräfte für den Zustrom ausländischen Kapitals in die Region. Das wurde in Deutschland klassisch vorgeführt, wo es unter den besonderen Bedingungen der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland für die westlichen Konzerne ein leichtes war, ihre ostdeutschen Konkurrenten aufzukaufen und zu beseitigen - in den anderen Reformländern ist das zwar nicht ganz so einfach, aber allzu schwierig ist es auch nicht. Die ungarischen Betriebe zur Verarbeitung von Ölsaaten und das in der nördlichen Industrieregion gelegene Stahlwerk von Miskolc können als Paradebeispiel dafür gelten, wie ausländische Firmen ungarische aufkaufen, um sie

»Die jeweilige Positionierung im System der weltweiten internationalen Arbeitsteilung gleicht sich ... tendenziell jener in der Zwischenkriegszeit an. Es geht also retour - mit Ausnahme Tschechiens, das als ehemals industrielles Kernland (Böhmen und Mähren) der Habsburgermonarchie beim Eintritt in den RGW ein hohes Entwicklungsniveau aufwies und somit als einziges Land die stalinistische Entwicklungsdiktatur der 1950er und 60er Jahre auch als ökonomisch kontraproduktiv empfand. Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 4.

»Die an die Europäische Union angrenzenden Volkswirtschaften Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Polens und Sloweniens richten sich branchenmäßig und entsprechend ihrer Außenhandelsorientierung auf die Bedürfnisse des EU-Marktes aus. Diese Zentralisierung weist ihnen wirtschaftlich einen Kolonialstatus und politisch-militärisch eine Vorfeldfunktion

der deutsch-dominierten Brüsseler Verwaltung zu.« Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 4.

dann allmählich zu schließen. Damit ist dann nicht nur ein lästiger Konkurrent auf internationalen Märkten beseitigt, sondern es wird auch noch der Inlandsabsatz mit übernommen. Der einmalige Zufluß von Geld - so sehr das auch im Interesse eines verschuldeten Staates sein mag - wird schließlich überkompensiert durch den Verlust von Exporteinnahmen und wachsende Importe, von den transferierten Profiten aus den Unternehmen, die nach dem Verkauf weiter produzieren, ganz zu schweigen.

Ausländische Direktinvestitionen könnten aber auch einige Vorteile bieten. Über sogenannte Großinvestitionen auf der grünen Wiese könnten technologisch fortgeschrittene, umweltfreundlichere Produktionsverfahren ins Land geholt werden. Beispiele dafür sind die Automobilfabriken von General Motors und Suzuki in Ungarn. 1993 begann Audi mit der Errichtung eines Werkes für Autobaugruppen und -zubehör in der Nähe von Győr. In diesen Fällen spielt der Zugang zum Binnenmarkt nur eine untergeordnete Rolle, hier geht es vor allem um billige Arbeitskräfte und die relativ günstige Lage der Standorte zu den Hauptabsatzmärkten. Als weiterer positiver Effekt läßt sich feststellen, daß der Anteil lokaler Zulieferungen im Steigen begriffen ist. Allerdings haben gerade diese Investitionen im Bereich der Automobilindustrie auch eine bedenkliche Schattenseite. Wenn das Engagement der Investoren auf längere Sicht erhalten bleiben soll, dann müssen auch die Lohnkosten in Ungarn acht bis zehn Mal niedriger bleiben als in Österreich oder Westdeutschland.

In den ersten fünf Jahren des Nach-Wende-Kapitalismus ist nach Ungarn von allen ex-sozialistischen Ländern mit Abstand das meiste Auslandskapital geflossen. Eine Analyse der Ursachen dieses Phänomens erhellt zudem auch einige, auf den ersten Blick nicht so offensichtliche Merkmale internationaler Kapitalflüsse wie auch der Wirtschaftspolitik in den »Transformationsländern«. Als eine erste, wesentliche Vorbedingung für den Zustrom von Auslandskapital läßt sich der Zustand marktwirtschaftlicher Institutionen ausmachen. Ungarn war nach zwanzig Jahren marktorientierter Reformen zweifellos das Land im Osten mit den günstigsten institutionellen Ausgangsbedingungen. Das Verhalten der Arbeitskräfte stellt einen weiteren wesentlichen Faktor pro oder contra möglicher Investitionsentscheidungen dar. Z.B. haben sich die starken gewerkschaftlichen Traditionen in Polen und die große Streikbereitschaft der Arbeiterschaft mit Sicherheit ungünstig auf den Zustrom an Direktinvestitionen ausgewirkt. Drittens hat der chronische Devisenmangel in Ungarn dazu geführt, daß über eine extrem kapitalfreundliche Wirtschaftspolitik versucht wurde, ein möglichst günstiges Klima für ausländische Investoren zu schaffen. So ergänzen in Ungarn Steuerergünstigungen und verschiedene protektionistische Maßnahmen die üblicherweise geforderten Eigentums Garantien.

Befürworter verstärkter Direktinvestitionen verweisen nun oft darauf, daß ein großer Anteil ausländischer Unternehmen am nationalen Produktionspotential nichts ungewöhnliches und schon gar nichts bedrohliches sei. Selbst in solchen Ländern wie Österreich, Großbritannien oder sogar in den USA befinden sich

große Teile der Industrie in ausländischem Eigentum. Dazu ist jedoch anzumerken, daß in OECD-Ländern das Eigentum von Staatsbürgern im Ausland in der Regel das Eigentum von Ausländern im Inland übersteigt. Folglich ist das Bruttosozialprodukt - das im Inland verfügbare Einkommen - größer als das Bruttoinlandprodukt - das im Inland erzeugte Einkommen; der Saldo der Kapitaleinkünfte mit dem Ausland ist positiv. Und auch in solchen Ländern wie Großbritannien werden im Zuge der forcierten Privatisierungspläne im Industrie- wie im Bankensektor zunehmend Befürchtungen laut, daß dies zu einer Fremdbestimmung wichtiger Bereiche der britischen Wirtschaft führen könnte.

Es kommt auf die Bedingungen an

Welche Bilanz kann nun gezogen werden - tragen ausländische Direktinvestitionen in den ex-sozialistischen Ländern zur wirtschaftlichen Entwicklung bei oder bewirken sie allein die Unterordnung dieser Volkswirtschaften unter die der OECD-Länder? Obwohl die jüngsten Erfahrungen auch stark in die zuletzt genannte Richtung weisen, ist die Sachlage insgesamt wohl eher komplex und widersprüchlich. Diejenigen, die Direktinvestitionen und Marshall Plan gleichsetzen, verdrängen die damit verbundenen Probleme und überschätzen offensichtlich die positiven Effekte ausländischer Investitionen.

Ein Vergleich mit der Situation nach dem dem Ersten Weltkrieg kann hier ganz hilfreich sein. Auch in den zwanziger Jahren gab es einen starken Zustrom US-amerikanischen Privatkapitals in das geschlagene Deutschland. Gleichzeitig war Deutschland damals gezwungen, über fünf Prozent seines Bruttoinlandprodukts für Reparationszahlungen an die Siegermächte aufzubringen. Das entspricht ungefähr der Schuldendienstbelastung, der die ehemaligen Ostblockländer heute ausgesetzt sind. In den zwanziger Jahren konnte auch der Zustrom privaten Geldes Deutschland nicht vor einer Hyperinflation, vor Massenarbeitslosigkeit und schließlich dem Aufkommen des Faschismus bewahren.

Wenn es also darum geht, die Gesamtwirkungen von Kapitalimporten zu bewerten, dann erschöpft sich dies kaum in quantitativen Dimensionen - in der Addition von Krediten und Investitionen. Worauf es vor allem ankommt, sind die Rahmenbedingungen, unter denen Kapitalimport stattfindet. Gegenwärtig wird in Osteuropa Kapital importiert, ohne daß dies von einer angemessenen Wirtschaftspolitik, die zumindest das erreichte Lebensniveau zu sichern versucht, begleitet wird. Damit sind auch die Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die multinationalen Unternehmen im Interesse der Berücksichtigung langfristiger Entwicklungsziele der Empfängerationen sehr gering.

Es ist allerdings eine hehre Illusion zu glauben, daß die transnationalen Konzerne von sich aus ihr Verhalten ändern, auch dann nicht, wenn sie direkt mit den negativen Konsequenzen ihres Vordringens in fremde Wirtschaftsräume konfrontiert werden. Es ist eine vorrangige Aufgabe der Regierungen der westlichen Länder und der internationalen Organisationen, Grundlagen für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die die Berück-

»Auf (West)Europa ruht immer noch ein Grossteil der Hoffnungen in Osteuropa. Eine grössere gezieltere Unterstützung und eine überzeugende, langfristig angelegte Politik ist unbedingt erforderlich, wenn der Graben zwischen Ost und West nicht zu gross werden soll.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 108.

sichtigung der Interessen aller Beteiligten und eine dementsprechende Regulierung der Aktivitäten transnationaler Konzerne gewährleisten. Das würde wiederum ein Mindestmaß an wirtschaftspolitischer und konzeptioneller Koordination zwischen den Regierungen im Westen voraussetzen.

Aber gerade an der Fähigkeit zum abgestimmten gemeinsamen Handeln mangelt es im Westen am allermeisten, seit vor sechs Jahren das vermeintliche »Ende der Geschichte« eingetreten ist. Peter Growan (1995) hat eindrucksvoll gezeigt, in welchem beängstigenden Ausmaß die Politik des Westens gegenüber dem Osten - selbst wenn nationaler Egoismus und Herrschaftsinteressen als durchaus normal unterstellt werden - von widersprüchlichen Konzeptionen und Mißorganisation in der Umsetzung geprägt ist. Die erschütternden Konsequenzen derartiger Unfähigkeit, sich z.B. auf eine klare militärpolitische Strategie in bezug auf das frühere Jugoslawien zu verständigen, hat die Öffentlichkeit kürzlich vorgeführt bekommen. Auch wenn die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung im Bereich der Ökonomie nicht so offen zutage treten, so ist doch unbestreitbar, daß der Grad an Uneinigkeit über mögliche wirtschaftspolitische Konzepte gefährlich hoch ist und die gesamte zentralöstliche Region Europas zerstörerischen Folgen ausgeliefert hat.

Geboten ist nicht der Rückzug aus dem Engagement in Osteuropa, sondern eine neue Vision und ein neues Muster der Integration von Ost und West. Die Dimension der notwendigen Anstrengungen läßt sich schon mit der Unterstützung der US-Regierung für das Nachkriegseuropa vergleichen. Was allerdings nicht erwünscht ist, ist eine Wiederholung der mit jener Hilfe verbundenen massiven Eingriffe in die Politik der Empfängerländer. Gebraucht wird nicht der Marshall, aber unbedingt der Plan.

III. Eine neue Form von Unterentwicklung

»Auf nach Europa!« - das war bekanntlich einer der Kerngedanken, in dessen Namen der sogenannte Systemwechsel in Ungarn vollzogen wurde. Obwohl Ungarn in mancher Hinsicht gewiß einer formalen Integration in die westlichen Organisationen näher gekommen ist, wird jedoch sechs Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer immer deutlicher, daß sich Wirtschaft und Gesellschaft völlig entgegengesetzt zu den ursprünglichen Erwartungen entwickeln.

Jüngst räumte László Antal, einer der führenden »Reform-Ökonomen« der achtziger Jahre und Berater des ungarischen Finanzministers Lajos Bokros in einem Radiointerview ein, daß er und andere lange Zeit Illusionen über die Ergebnisse des Reformprojekts hegten. »Wir waren naive Träumer«, bekannte er - ein Eingeständnis, das er noch vor fünf oder zehn Jahren mit Bestimmtheit zurückgewiesen hätte. Dabei liegt die Ursache für diesen fatalen Irrtum der Reformen auf der Hand: der internationale Kontext, in dem sich die Reformen notwendigerweise vollziehen müssen, wurde gänzlich ignoriert. Damit geriet die dem kapitalistischen Weltmarkt eigentümliche Tendenz zur Polarisierung der nationalen Volkswirtschaften in Zentren und Peripherien völlig aus dem Blick.

Bei etwas mehr Problembewußtsein hätten die ReformökonomInnen allerdings wissen können, was es heißt, in eine weltwirtschaftlich periphere Position zu geraten. Bereits Anfang der siebziger Jahre hat Tamás Szentes (1972) die wesentlichen Charakteristika eines peripherisierten Landes beschrieben. Aus ökonomischer Sicht heißt Peripherisierung vor allem die Herausbildung asymmetrischer Abhängigkeitsbeziehungen zu den kapitalistischen Zentrumsmächten innerhalb des Weltsystems. Durch die untergeordnete Rolle in der internationalen Arbeitsteilung wird zudem eine duale Wirtschaftsstruktur hervorgerufen, was letzten Endes dazu führt, daß eine insgesamt dualistische Gesellschaft entsteht. Schließlich erleidet das peripherisierte Land permanent Einkommensverluste, die direkte Folge verschiedenster Formen internationaler Ausbeutung sind.

Historische Parallelen

Die von Szentes genannten Phänomene dienten lange Zeit vor allem dazu, die sozioökonomischen Besonderheiten weit entfernter Entwicklungsländer zu beschreiben. Heute können wir diese jedoch auch in Ungarn selbst beobachten. Genauer gesagt, wir können sie wieder beobachten, denn Ungarn gehörte vor seiner sozialistischen Entwicklungsphase - als Teil der Donaumonarchie - natürlich bereits zur Peripherie des kapitalistischen Systems.

Während sich im Habsburger Reich die westlichen Regionen - vor allem Österreich und Böhmen - ähnlich wie die westeuropäischen Länder industriell entwickeln konnten, blieben die östlichen Teile des Reiches - und so auch Ungarn - rückständige Agrargebiete.

Als schließlich die Monarchie als einheitlicher Wirtschaftsraum auseinander fiel, befand sich Ungarn in der ausweglosen Situation eines peripheren Rohstofflieferanten, damals insbesondere für Italien, Österreich und Deutschland. Die Ausplünderung Ungarns durch Deutschland nahm im Zweiten Weltkrieg unbeschreibliche Ausmaße an. Nach dem Krieg wurden die ehemals deutschen Unternehmen durch die Sowjetunion übernommen, was in der Öffentlichkeit den Eindruck provozierte, daß die Unterordnung unter die UdSSR nichts anderes war, als die Fortsetzung von Fremdbestimmung und Unterdrückung. Diese Wahrnehmung bedarf allerdings einiger Korrekturen. In politischer Hinsicht war die Unterordnung sicherlich nahezu total. Unter wirtschaftlichen Aspekten übernahm jedoch die Sowjetunion eher die Rolle der Peripherie, zumindest insoweit, als sie nach Ungarn - wie auch in die anderen Ostblockländer - vor allem Rohöl und verschiedene Rohstoffe ausführte, während wir verarbeitete Produkte, wie Autobusse oder Kräne, exportierten.

Obwohl der starke sowjetische Einfluß auf die ungarische Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt bis zum Ende der sozialistischen Epoche erhalten blieb, wuchs gleichzeitig auch die Abhängigkeit vom Westen. Da Ungarn seit Ende der sechziger Jahre in wachsendem Umfang Kredite im Westen aufnahm und von dort - vor allem aus Deutschland - Konsumgüter einfuhrte, wurde es allmählich abhängig von den finanziellen und materiel-

»Der hegemoniale, von liberaler Apologetik gekennzeichnete Diskurs ergeht sich zwecks Ursachenergründung der gegenwärtigen Desintegrationsprozesse in Schuldzuweisungen an die alten KP-Regime. (...) ... die in Rumänien, Bulgarien, Polen Jugoslawien, Ungarn und den slowakischen Regionen betriebene Nachkriegsmodernisierung als zweiter Versuch zur Überwindung abhängiger wirtschaftlicher Strukturen nach den 1920er Jahren kann mit simplen, in die Geschichte reflektierenden Antikommunismus nicht verstanden werden.«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 4.

»Östlich von Böhmen und Mähren war der Kontinent spätestens im 18. Jahrhundert zum Kolonialgebiet westlicher Staaten und Reiche geworden.«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in:

Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 6.

»Die Rezession der 70er Jahre ... stoppte dann dem Höhenflug der osteuropäischen Entwicklungsdiktaturen Und trieb in Folge alle Dollargläubiger, die sich billiges Geld am Kapitalmarkt zum Durchtauchen der Krise ausgeborgt hatten, in die später so genannte Schuldenfalle. Unter dem Druck der Zinslast stellten die KP-Regime die wirtschaftspolitischen Weichen auf Austerität. So gelehrig sich aber die Staats- und Parteiführer auch an die Auflagen des IWF hielten, dem Rumänien im Jahr 1972, Ungarn 1982 und Polen 1986 beitraten, so wenig konnten sie ihre Haut damit auf die Dauer retten.«

Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen, 3/95, S. 6.

len Ressourcen der kapitalistischen Industrieländer. Es war jedoch vor allem die Auslandsverschuldung, die dazu führte, daß Ungarn in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erneut unter massiven Peripherisierungsdruck geriet.

Auslandsverschuldung und Fremdbestimmung

In den achtziger Jahren befanden sich einige osteuropäischen Länder in einer ähnlich prekären Verschuldungssituation wie eine Reihe von »Dritt-Welt«-Ländern. Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und die DDR gehörten genauso wie die Philippinen, Mexiko, Peru und andere zur Gruppe der sogenannten hochgradig verschuldeten Länder mit mittlerem Einkommensniveau. Mit Ausnahme der DDR gestaltete sich das Schuldenmanagement in diesen Ländern auch genauso wie im Süden. Die internationalen Finanzinstitutionen des Westens erlangten so wachsenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik in der Region. Nach dem Zerfall des Ostblocks und dem US-amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen auf Malta (Dezember 1989) war es daher nur eine folgerichtige Entscheidung, die konzeptionelle Gestaltung des Reformprozesses dem Internationalen Währungsfonds zu überlassen.

Diese Entscheidung fiel in einer Zeit, als die heutigen Visegrad-Staaten einen raschen Beitritt zu den euro-atlantischen Organisationen anvisierten. Damals gab es lediglich eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern, die darauf hinwiesen, daß die Strategie der internationalen Finanzinstitutionen, so wie diese von den scheinbar hilfsbereiten westlichen Regierungen konzipiert war, der angestrebten Integration direkt entgegen stand. Dies läßt sich unter anderem daran festmachen, daß die letzte unmittelbare Intervention des IWF in einem westeuropäischen Land aus dem Jahr 1976 in Großbritannien datiert. Seitdem ist es mit den Fortschritten in der finanzpolitischen Integration Westeuropas schlicht unvorstellbar, daß eine in Washington ansässige Institution direkt in die Belange westeuropäischer Regierungen eingreift - nicht einmal in den Ländern, die sich fortwährend oder periodisch in finanzpolitischen Schwierigkeiten befinden (wie Griechenland, Italien u.a.).

Aber es sind keineswegs nur die internationalen Finanzinstitutionen, die in Zentralosteuropa intervenieren, auch die EU nimmt fortwährend direkten Einfluß auf die Gestaltung nationaler Politik - was die Lage natürlich nicht einfacher macht. Folgt man Gowan (1995), so hat sich in dieser Region inzwischen eine konfuse Doppelherrschaft fremdbestimmter Strategien herausgebildet. Während die makroökonomische Stabilisierung und Strukturanpassung nach Rezepten der Bretton-Woods-Organisationen - IWF und Weltbank - vollzogen werden soll, werden die Handelsbedingungen, und damit vor allem die mikroökonomische Ebene, weitgehend durch die EU bestimmt, was zu fatalen Widersprüchen zwischen Mikro- und Makroebene sowie im Bereich von Handel und Finanzen führt. Die Mehrzahl der Regierungen hat jedoch unter dem überwältigenden Eindruck des vermeintlichen Expertenwissens aus dem Westen und aus Mangel an Erfahrungen nicht einmal versucht, eigene Politikkonzeptionen zu entwerfen.

Ein nachhaltiger Eindruck davon, wie weit der Peripherisierungsprozeß inzwischen fortgeschritten ist, läßt sich z.B. aus der Rolle, die die Botschaften aus dem Westen in Ungarn oder auch in anderen ex-sozialistischen Ländern spielen, gewinnen. Seitdem bekannt wurde, daß der US-Botschafter Mark Palmer 1989 mit Miklós Németh regelmäßig Tennis gespielt hat, wollen Gerüchte über die direkte Einflußnahme westlicher Diplomaten auf die ungarische Politik nicht verstummen. Von Premierminister József Antall wird gesagt, daß ihm eine ›Wunschliste‹ des deutschen Botschafters überstellt wurde. Der neugewählte Premier Gyula Horn wurde zu einem mehrseitigen Sondergipfel nach Innsbruck geladen, bevor er seine politische Konzeption und die Zusammensetzung seiner Regierung im Sommer 1994 bekannt gab.

Auch die Abfolge der politischen Kurswechsel und der Zeitpunkt der Veröffentlichung von bestimmten Maßnahmen weisen eine auffällige Parallelität zu Aktivitäten der internationalen Finanzinstitutionen auf. Nur wenige Tage nach der Formierung der neuen Regierung aus Sozialisten und Freien Demokraten traf im Juli 1994 eine Delegation des IWF in Budapest ein. Über die Ziele und den Zweck dieses Besuches war in der Presse nichts substantielles zu erfahren, aber genau in diesen Tagen oder wenig später wertete die Regierung den Forint um acht Prozent ab, erklärte den Verzicht auf die Ausrichtung der Weltausstellung 1996 und kündigte Kürzungen bei den Staatsausgaben im Sozialbereich an.

Die Grundsatzserklärung von Premierminister Horn über die Notwendigkeit sozialstaatlicher Opfer zugunsten einer volkswirtschaftlichen Modernisierung fiel just in jene Zeit, in der Weltbank und Internationaler Währungsfonds ihr fünfzigjähriges Bestehen in Madrid feierten. Einen Monat später wurde vom Parlament eine Kürzung des Staatshaushalts beschlossen, und dies zufällig nur wenige Tage vor dem Eintreffen des IWF-Direktors Camdessus bei Gyula Horn. So verwundert es denn auch nicht, daß dem Besuch einer IWF-Delegation im März 1995 die Ankündigung der bis dato einschneidendsten Sparmaßnahmen durch Finanzminister Bokros vorausging. Eine spätere IWF-Visite im August fiel schließlich mit einer schweren Koalitionskrise zusammen, als sich Sozialisten und Freie Demokraten nicht über die Ernennung des Gewerkschaftsführers Sándor Nagy zum Stellvertreter des Premiers oder zum Wirtschaftsminister verständigen konnten.

Sozialer und wirtschaftlicher Dualismus

In unterentwickelten Ländern ist bekanntlich ein großer Teil der Arbeiter nicht auf der Grundlage von formalen arbeitsvertraglichen Beziehung tätig. Dies setzt in ehemaligen Kolonien in der Regel die Existenz eines traditionellen Sektors voraus, der permanent Arbeitskräfte für den relativ entwickelteren, weltmarkt-orientierten Wirtschaftssektor bereitstellt. In Ungarn nimmt die dualistische Struktur von Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen die Form der sogenannten Schattenwirtschaft, in der schätzungsweise etwa 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts erzeugt werden, an. Dieser Wirtschaftssektor hat immer - auch auf dem Höhe-

»Kapital fließt von Ost nach West. So schätzt etwa der Bukarester Ökonom und Mitglied des 1989er-Revolutionärsrates Silviu Brucan, daß jährlich etwa 15 Mrd. US-Dollar aus Zinszahlungen und Amortisationen aus den Budgets des Ostens westliche Kassen zum klingeln bringen. Private Kapitalflucht kommt hinzu. Allein aus Rußland betrug sie im Jahre 1993 geschätzte 20 Mrd. US-Dollar...«
Hannes Hofbauer: Immer am Rande Europas, in: Ost-West-Gegeninformationen,

punkt zentralistischer Wirtschaftsplanung - existiert. Aber seine eigentliche Ausdehnung durch die massenhafte Gründung von halblegalen Klein- und Kleinstbetrieben setzte erst in den achtziger Jahren ein, als die wachsenden Finanzprobleme die kommunistische Führung zur Aufweichung des Systems zentralistischer Planung zwangen.

Seither haben Wirtschaftswissenschaftler der zeitlichen Parallelität von heraufziehender Schuldenkrise und der Herausbildung des Sektors der Kleinproduktion nicht allzuviel Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ignoranz gegenüber diesem auffälligen Zusammentreffen und die Unfähigkeit, dieses Phänomen als Indiz für beginnende Unterentwicklung zu identifizieren, haben schließlich die Illusion genährt, daß dieser Sektor der Kleinunternehmer eine wichtige Ausgangsbasis für die zukünftige Privatwirtschaft darstellen würde. So hat vor allem János Kornai in seinem berühmten Manifest für den Übergang Ungarns zur freien Marktwirtschaft (1989/1990) die Auffassung vertreten, daß die ungarische Wirtschaft durch einen gesunden und einen kranken Sektor geprägt sei. Den ersten stellt bei ihm die im Entstehen begriffene Privatwirtschaft dar, während mit dem zweiten der staatliche Sektor gemeint ist.

In Anlehnung an die Ideen Hayeks gingen die Wirtschaftsreformer in den achtziger Jahren davon aus, daß die Einführung eines freien Marktes quasi automatisch die Korruption in Wirtschaft und Politik zurückdrängen und zudem das Moralniveau in der Gesellschaft insgesamt anheben würde. In Wirklichkeit haben wir das gerade Gegenteil davon erlebt. Jedermann weiß, daß die Privatisierung mit massiver Korruption einherging und daß die Mehrzahl der neuen Privatunternehmer von der Steuerhinterziehung lebt. Tausende Unternehmen wurden allein mit dem Ziel gegründet, geradeso die Lebenshaltungskosten für die Familie zu erwirtschaften. Daneben gibt es ›Unternehmer‹, die offiziell noch nie einen Forint Profit erwirtschaftet haben, aber Luxuslimousinen fahren oder ihren Urlaub auf Zypern oder in Dubai verbringen.

Die nunmehr privatisierten ehemaligen Staatsbetriebe und die neugeschaffenen privaten Gesellschaften tragen praktisch so gut wie nichts zum Staatshaushalt bei. Um diesem Problem beizukommen, hat die vorherige nationalistische Regierung eine sogenannte »Mindeststeuer« erlassen, die aber durch die sozialistisch-liberale Koalition inzwischen wieder abgeschafft wurde. Das ist nur ein Beispiel für den offensichtlichen Mangel an einer konsistenten Politik in bezug auf die sogenannte Schattenwirtschaft, die einerseits als Form der Verkürzung von Staatseinnahmen verufen ist, die aber andererseits als durchaus produktive Struktur jenseits formaler Marktbeziehungen, die durch Gesetze reguliert und geschützt werden, anerkannt wird.

In unserer ›entstehenden‹ Marktwirtschaft - wie sie im Jargon der internationalen Finanzinstitutionen gern genannt wird - unterliegt die Bereicherung von Individuen und Institutionen über den Finanzsektor faktisch keinerlei Beschränkung. Weil sie dann sofort verdächtigt würde, die Herausbildung von Marktbeziehungen zu hintertreiben, kann und will die Regierung die

»Im chaotisch verlaufenden Umstellungsprozess - der in Osteuropa mit dem treffenden Schlagwort ›wilder Kapitalismus‹ bezeichnet wird - herrscht ein rüder Konkurrenzkampf um die wirtschaftlichen Machtpositionen, um die Kontrolle der sich formierenden Kapitalstrukturen, wobei sich auch viele ehemalige Nomenklatura-Mitglieder bestens den neuen Verhältnissen anzupassen verstanden.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 104.

hier entstehenden Einkommen nicht kontrollieren. Während also die Angestellten der Budapester Banken praktisch ihre Vereinigung mit Europa bereits vollzogen haben, sind sie drauf und dran zu vergessen, wie der Rest der Bevölkerung lebt.

Die neue regionale Struktur wirtschaftlicher Entwicklung läßt vermuten, daß auch der nationale Raum als Maßstab ökonomischer Integration an Bedeutung verliert. Einige Landesteile werden zu Nutznießern des Zustroms von Auslandskapital, während andere Gegenden unter hoher Arbeitslosigkeit und De-Industrialisierung leiden. Die Profiteure sind gegenwärtig das Gebiet um Budapest und die davon westlich gelegenen Regionen, was wiederum stark an Washington D.C. erinnert, wo relative Sicherheit und Wohlstand auch in den nordwestlichen Gebieten konzentriert sind.

Alle größeren Investitionen in der Automobilindustrie haben z.B. bisher ausschließlich in Nordwestungarn stattgefunden. Wie auch in anderen ex-sozialistischen Ländern wird zwar hin und wieder über Industriepolitik räsoniert, aber Regionalpolitik bleibt völlig außer Betracht. Gegenüber solchen vermeintlich wichtigen Themen wie Privatisierung, Preisreform und Attraktion von Kapitalimporten wird diese Aufgabe vernachlässigt. »Die neue Regierung hat weder die Fähigkeit noch die Erfahrung, Investitionen als Element der Regionalpolitik einzusetzen« (Sadler und Swain 1994: 387).

Sinkender Lebensstandard

Preissteigerungen und Arbeitsplatzvernichtung galten in den letzten sechs Jahren stets als vertretbarer Preis für einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union. Während die Arbeitslosenrate auf einem Niveau stabilisiert werden konnte, das unter westeuropäischen Verhältnissen für durchaus normal gehalten wird (nach der offiziellen Statistik etwas über zehn Prozent), lag die ungarische Inflationsrate in den letzten fünf Jahren immer über 20 Prozent - und in den anderen »Transformationsländern« noch weit darüber. Die galoppierende Inflation war nicht zuletzt unmittelbare Folge einer verfehlten Regierungspolitik, die von der Vorstellung besessen war, Einkommen und Reichtum nach kapitalistischen Grundsätzen zu verteilen.

Die vermeintlichen Erfordernisse kapitalistischer Akkumulation haben die Regierungen zu massiven Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeitenden getrieben. In voller Absicht - noch verstärkt durch die allgemeine institutionelle Anarchie der Transformationsperiode - wurden die Reallöhne permanent unter Druck gesetzt. Ein typisches Beispiel für diese Art »Neues Denken« lieferte der ungarische Finanzminister, der nach der Durchsetzung der bisher einschneidendsten Sparmaßnahmen im März 1995 erklärte, daß es durch eine zehnprozentige Reallohnsenkung gelungen sei, die internationale Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft wiederherzustellen. Dies ist jedoch nichts anderes, als ein typisches Denkmuster in peripheren Ökonomien, wo ausschließlich die Senkung der Arbeitskosten in Erwägung gezogen wird, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu vergrößern.

»...auch die stark angewachsenen Arbeitslosenraten, die hohen Inflationsraten und Budgetdefizite sowie die massiven Reallohnverluste widerspiegeln eine fatale Wirtschaftskrise, wie sie selbst in DrittWeltstaaten äusserst selten zu verzeichnen ist.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 103.

Dazu paßt, daß László Békesi, der ehemalige Finanzminister der sozial-liberalen Koalition, bei jeder Gelegenheit im Weltbankjargon verkündete, daß »die Ungarn über ihre Verhältnisse leben«. In seinem Wahn versuchte er sogar, Lohnbeschränkungen in den Niederlassungen multinationaler Konzerne einzuführen - wofür er allerdings nur den Spott des Managements erntete. Die Weltbank jedoch hat sich diese Sicht auf die ungarischen Verhältnisse längst zu eigen gemacht und bezeichnet das soziale Sicherungssystem in Ungarn - mit einem Begriff, der von János Kornai geprägt wurde - als »sozialstaatliche Frühgeburt«. Und dies kommt einem Todesurteil gleich.

»Früher hatte man zu wenig Einkaufsmöglichkeiten, jetzt zu wenig Geld. Die Lage verschlimmerte sich teilweise noch, da heute deutlich mehr Leute unter einem offiziellen ›sozialen Minimum‹ leben: 1994 je nach Land und Schätzung von rund einem Zwölftel in Tschechien bis zu zwei Dritteln in Serbien. (...) Insgesamt gesehen kann man von einer Tendenz zu einer ›Drittelsgesellschaft‹ sprechen: Gegen zwei Drittel der Osteuropäer leben in mehr oder weniger grosser finanzieller Bedrängnis oder sogar Armut, nur rund ein Drittel lebt in guten bzw. einigermaßen zufriedenstellenden Verhältnissen.«

Jakob Juchler: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Nr. 29 (Juli 1995), S. 104.

Obwohl der private Konsum wie auch die Sozialausgaben in den zurückliegenden sechs Jahren drastisch reduziert wurden, wird die fortgesetzte Sparpolitik offiziell weiterhin mit dem vermeintlichen »Überkonsum« der Bevölkerung gerechtfertigt. Unabhängig von ihrer Parteizusammensetzung hat es bisher keine Regierung vermocht, den Prozeß der Zersetzung einer ehemals großen, relativ wohlhabenden Mittelschicht, die vor allem durch die redistributive Sozialpolitik des Staatssozialismus geschaffen und aufrechterhalten wurde, zu stoppen. Die Anzahl derer, die unterhalb der Armutsgrenze dahinvegetieren müssen, wächst sowohl absolut als auch relativ in atemberaubendem Tempo. Folgt man Peter Townsend (1995), dann widerspiegelt der dramatische Anstieg der Massenarmut in Osteuropa das Voranschreiten eines globalen Polarisierungsprozesses.

Wie unattraktiv das politische System des Staatssozialismus in den verschiedenen Ländern Osteuropas auch gewesen sein mag, es ist heute unbestreitbar, daß es wenigstens ein bestimmtes (relativ hohes) Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten vermochte. Der plötzliche Verlust dieses sozial stabilen Umfelds hat nicht zuletzt zu einem tiefen demographischen Einbruch geführt. Einer UNICEF-Studie zufolge hat der »Systemwechsel« dazu geführt, daß in Rußland, in der Ukraine, in Bulgarien, Ungarn und Polen die Anzahl der Sterbefälle zwischen 1989 und 1995 um sage und schreibe 800.000 über der Anzahl der Geburten lag (Petra und Vieux 1995: 1). Die Zunahme von Herz- und Kreislauferkrankungen hat mit 52 bis 80 Prozent zur Erhöhung der Sterbeziffer beigetragen. In allen ex-sozialistischen Ländern ist die Lebenserwartung dramatisch gesunken. In Ungarn liegt sie für Männer jetzt bei 65 Jahren - das ist einer der niedrigsten Werte in ganz Europa und exakt das Alter, auf das der Renteneintritt demnächst angehoben werden soll.

Die einzige Hoffnung

Im Verständnis des Weltsystemansatzes nehmen Semiperipherien eine Position zwischen Zentrums- und Peripherieökonomien ein. Es gibt tatsächlich einige Intellektuelle, die glücklich darüber sind, daß die zentralosteuropäischen Länder in einer wesentlich besseren Lage sind als die Reformstaaten auf dem Balkan oder gar in der GUS - das heißt, wir werden Semiperipherie statt Peripherie. Aber es geht überhaupt nicht darum, in welche Gruppe man sich im nachhinein einordnet, sondern darum, ob die vor-

handenen Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die relative Position einer Volkswirtschaft zu verbessern. Derartige Möglichkeiten hätten z.B. in der Entwicklung von Skoda in Tschechien oder Tungsram in Ungarn zu multinationalen Unternehmen bestanden. Statt dessen wurden diese Unternehmen an den erst besten - noch dazu an Konkurrenten - verkauft. Damit wurde die Möglichkeit, sich wenigstens unter den Semiperipherien weiter nach oben zu arbeiten, leichtfertig vergeben.

Auf der anderen Seite hat auch das weitere Zurückfallen vielleicht sein Gutes. Der international nicht so wahrgenommene, aber im nationalen Maßstab beeindruckende Erfolg des Fußballvereins Ferencváros zeigt, daß sich der neue Peripherisierungsschub möglicherweise günstig auf den Sport auswirken könnte. Im Fußball gibt es bekanntlich zwei Grundlagen des Erfolges: entweder Reichtum oder Armut. Im ersten Fall haben die Unternehmen eines Landes soviel überschüssige Ressourcen, daß sie als Sponsoren Sportschulen unterstützen können und so die besten Bedingungen für die Auswahl und die Entwicklung der Talente schaffen (das beste Beispiel sind die Niederlande). Im zweiten Fall haben die Jugendlichen keine andere Chance, ihr Leben zu verbessern, als möglichst perfekt im Umgang mit dem Ball zu werden, damit sie später in den Profiligen irgendwo auf der Welt spielen können (herausragendes Beispiel ist hier Brasilien).

Der ungarische Fußball hatte zwischen 1938 und 1954, als die Nationalmannschaft zweimal Vizeweltmeister wurde, eine Spitzenstellung inne. Als sich in den Jahren danach die materiellen Verhältnisse der Menschen verbesserten, eröffneten sich auch andere Chancen für die Jugend. Und so ging die Qualität des Fußballs im selben Maße zurück, wie auch wirtschaftliche Desintegration und soziales Elend zurückgingen. Wenn sich nun die wirtschaftliche Situation wieder verschlechtert und die Menschen allmählich begreifen, worin der wahre Charakter des neuen Systems besteht, wird sich möglicherweise auch die Einstellung zum Fußball wieder ändern. Uns wird es vielleicht nicht sonderlich gut gehen, aber dafür könnten wir einen neuen Aufschwung im ungarischen Fußball erleben - wenn das nichts ist.

- Burnham, Peter (1990): *The Political Economy of Postwar Reconstruction*, London.
- Gowan, Peter (1995): *East Central Europe's Headless Hegemon*, in: *Labour Focus on Eastern Europe*, Spring.
- Holland, Stuart (1995): *The European Initiative: Economic and Social Cohesion in the 1990s*, Nottingham.
- Kornai, János (1989/1990): *Indulatos röpriat a gazdasági átmenet ügyében*, Budapest, (engl. *The Road to a Free Economy*, New York).
- Petras, James and Steve Vieux (1995): *The Morbidity of Capitalism in the Former Soviet Bloc*.
- Radice, Hugo (1995): *Organizing Markets in Central and Eastern Europe: Competition, Governance and the Role of Foreign Capital*, in: E. Dittich, G. Schmidt and R. Whitley (Eds.): *Industrial Legacies and Industrial Transformation in Europe*, Sage.
- Sadler, David and Adam Swain (1994): *State and market in Eastern Europe: regional development and workplace implications of direct investment in the automobile industry in Hungary*, in: *Trans Inst BrGeogr NS* 19.
- Szentes, Tamás (1972): *Elmaradottság és fejlesztés. Az elmaradottság leküzdésének kérdései* Afrikában, Budapest.
- Townsend, Peter (1995): *Poverty in Eastern Europe: The latest manifestation of global polarization*, in: G. Rodgers and Von Der Hoeven (Eds.): *New Approaches to Poverty Analysis and Policy - III: The Poverty Agenda: Trends and Policy Options*, Geneva (International Institute for Labour Studies).

Aus dem Englischen von ARNDT HOPFMANN